

## **Bericht der Bau- und Planungskommission an den Landrat**

### **betreffend ÖV 2.0: Neugestaltung Tarifstruktur**

2017/116

vom 23. April 2020

#### **1. Ausgangslage**

Mit seiner Motion wollte alt Landrat Rolf Richterich den Regierungsrat beauftragen, «die nötigen Massnahmen zu ergreifen, dass bei der Finanzierung im öffentlichen Verkehr in der TNW-Region respektive im Baselbiet grundsätzlich neue Wege beschritten werden und die Tarifstruktur neu gestaltet und den neuesten schweizweiten Entwicklungen angepasst wird». Im Fokus des Motionärs stand die Weiterentwicklung von Tarifsystemen, welche «die tatsächliche Nutzung des öffentlichen Verkehrs besser als heute widerspiegeln». Die Motion wurde vor dem Hintergrund eingereicht, dass etwa ein SwissPass verschiedene Angebote integrieren kann oder ein «bereits diskutiertes Modell einer Chip-Karte die Fahrten aufzeichnet und am Ende einer Periode abrechnet». Das Baselbiet solle deshalb «den TNW dazu veranlassen, die Modernisierung des Tarifsystems voranzutreiben». Der Landrat hat den Vorstoss am 18. Mai 2017 mit 54:15 Stimmen bei drei Enthaltungen als Postulat überwiesen.

Der Regierungsrat anerkennt, dass die technische Entwicklung und insbesondere die Möglichkeiten, welche die Smartphones bieten, «bereits viel Bewegung in den ÖV-Markt gebracht haben und diesen auch in den kommenden Jahren nachhaltig verändern werden». Für konkrete Veränderungen der Tarifstruktur sei aber der Tarifverbund Nordwestschweiz (TNW) zuständig, dem neben dem Kanton Basel-Landschaft vier weitere Kantone und fünf ÖV-Anbieter angehörten. Die Hoheit über die Tarifstrukturen und die angebotenen Ticketlösungen liege zudem bei den Transportunternehmen. Die Kantone könnten sich aber bei strategischen Fragen einbringen und «der Kanton BL kann Impulsgeber sein und nimmt diese Rolle auch wahr». Gewarnt wird aber auch vor einem möglichen Rückgang der Einnahmen im Zuge von Tarifanpassungen.

Was neue Tarif- und Vertriebsstrukturen anbelange, so seien die entsprechenden Arbeiten unter der Führung des TNW im Gang. Eine Nutzerstudie, die [2018] durchgeführt werde, solle die Grundlagen für die weiteren Arbeiten liefern.

Der Regierungsrat beantragt die Abschreibung des Postulats.

Für Details wird auf die [Vorlage](#) verwiesen.

#### **2. Kommissionsberatung**

##### **2.1. Organisatorisches**

Die Kommission hat die Vorlage am 22. November 2018 in Anwesenheit der damaligen Baudirektorin Sabine Pegoraro, BUD-Generalsekretärin Katja Jutzi, Eva Juhasz, Leiterin Abteilung Öffentlicher Verkehr, und Bruno Schmutz, Verantwortlicher Betriebswirtschaft Abteilung Öffentlicher Verkehr, ein erstes Mal beraten. Mit Blick auf die im Bericht genannte Nutzerstudie wurde die Beratung ausgesetzt und am 21. November 2019 wieder aufgenommen und zu Ende geführt. An dieser zweiten Sitzung waren neben Baudirektor Isaac Reber, Katja Jutzi und Eva Juhasz auch Adrian Brodbeck, Geschäftsführer TNW, sowie Thomas Hohl, Verkehrsplaner, anwesend.

## **2.2. Eintreten**

Eintreten war unbestritten.

## **2.3. Detailberatung**

In der erstmaligen Beratung war eine gewisse Unzufriedenheit mit den Antworten der Regierung spürbar. Zugleich wurden in der Diskussion die Schwierigkeiten einer Preisgestaltung deutlich, welche einerseits die Kosten angemessen verteilt bzw. die Nutzung richtig abbildet und auch die gewünschte Lenkungswirkung (Glättung der Nutzungsspitzen) erzielt. Vor diesem Hintergrund war es für die Kommission naheliegend, die erwähnte Nutzerstudie abzuwarten, um bessere Grunddaten zu erhalten.

In der zweiten Sitzung liess sich die Kommission vom TNW-Geschäftsführer über erste Erkenntnisse aus einer noch internen, noch nicht ausgewerteten Nutzerstudie informieren. Sie zeigt im Kern auf, dass das U-Abo von der Mehrheit sehr gut genutzt wird. Steuernde Preisanpassungen müssen sehr sorgsam eingeführt werden, wenn man keine Einnahmenverluste gewärtigen wolle. In der Diskussion wurde in diesem Kontext deutlich, dass die bisherigen Versuche mit z.B. tageszeitabhängigen Abo-Modellen und neue Tools nicht ohne Probleme oder unerwünschte Nebeneffekte funktionieren. Die bestehenden Systeme, so wurde klar, sind noch nicht für Abos nutzbar. Weil aber mittelfristig Überlegungen angestellt werden sollen, wie das U-Abo optimiert werden kann, beschloss die Kommission schliesslich mit 13:0 Stimmen, das Postulat abzuschreiben.

## **3. Beschluss der Kommission**

Die Kommission beschliesst mit 13:0 Stimmen:

://: Das Postulat 2017/116 wird abgeschrieben.

23.04.2020 / ps

### **Bau- und Planungskommission**

Urs Kaufmann, Präsident